

chiedene Anleihen ge...
bei der Oberamts...
erfügt, aufgenommen...
en. — Das Pari...
600 M auf 1000 M...
osten neu geregelt...
Bezirkskranten...
1. Mai an neu fest...
der Lebens- und Be...
wieder einer Revision...
daher allgemein die...
ungsjahre im Bedarfs...
Schwarzwaalvereins...
in Jahresbeitrag von...
verbindung zw...
von 300 M genehmigt...
2000 Mark gefordert...
träge gestrichelt. — Die...
entzählt. Nachdem...
Entscheidung von...
hatte, bringt Oberprä...
Mehrmangel zur...
ng der Freien Bäder...
Einwohnerschaft um...
über den Grund zur...
alte noch nicht gelle...
Preispannung nicht...
Bandes gebekt werden...
Gelegenheit in einge...
und klare Aufklärung...
bergangzeit zur halb...
der trotz aller Vor...
konnte, seien haupt...
sicher, die infolge der...
verbrauch hatten, die...
im voraus gegen prä...
Selbstverfolger, denen...
gegenkommen gezeigt...
noch andere Er...
denbar geworden sein...
el beigetragen. Das...
Mehl zurückhalte, sei...
ellig geworden Kom...
überzeugt. Auf den...
nung zwischen alten...
werden, da die Er...
schmelzen seien. Vor...
ragen mit Mehl von...
Mangel abgeholfen...
seinen Ausführungen...
haben und erhalte die...
reisen beruhigend auf...
keinen Diskussion...
daß sie bei Ausstellung...
hätten, wurde die Ver...
ssen. — Das gemein...
Hinsicht befriedig...

Calmer Tagblatt

№. 190.
Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.
96. Jahrgang.

Verlagspreis: 6 Mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. wöchentlich. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 75% — Fernspr. 0.

Mittwoch, den 17. August 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Frachtpost 12.50 vierteljährlich. Postbezugspreis 12.50 mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vorrüttig.

Die politische Lage nach der Tagung des Obersten Rats. Die Stellung Englands.

Lloyd George über die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen.

London, 17. Aug. In seiner Rede im Unterhaus erklärte Lloyd George u. a. noch, daß neben der oberösterreichischen Frage auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt seien, schwierig gewesen sei. Es bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerecht seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland habe aber bessere Abmachungen angenommen und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Zollgrenze ungerecht sein würde und seien darüber einig, sie aufzuheben. Bezüglich der militärischen Sanktionen seien die Franzosen der Ansicht, daß einige Bestimmungen des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt worden seien, insbesondere bezüglich der Entwaffnung. Die Franzosen schlagen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben sollen. Diese Frage wurde dem militärischen Ausschuss, der seine Sitzung in Paris abhalten werde, überwiesen, und es bestehe die Absicht, die Frage bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rats zu behandeln. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit für eine allmählichen Herabsetzung der Zwangsmaßnahmen durch die Besetzung und die Kontrolle auferlegten Lasten gekommen sei. Die Ausgaben dafür verschlängen Schätze. Die Alliierten hätten genau so viel Interesse daran, wie Deutschland selbst. Die Alliierten hätten sogar, vom Standpunkt der Reparation gesehen, ein unmittelbares Interesse daran Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besetzung und für die Kontrollkommissionen in Deutschland fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar sein konnte. Es bestünde kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schaffen. Je mehr Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, umso besser sei es. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege darnieder. Wenn Deutschland sich jedoch wieder erhole, so würden die militärische Besetzung und die Kontrollkommissionen immer lästiger werden. Es würden auch dann die Grundlätze für Zwischenfälle vorhanden sein. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich soweit als möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten des Besatzungsheeres eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen würde. Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so könne die Nervosität des französischen Volkes verstanden werden. Die Ereignisse seien noch in der Erinnerung, die es Frankreich sehr schwer machten, nicht eine berechtigte Beforgnis darin zu empfinden, was die Folge sein würde, wenn Deutschland seinen Angriff erneuere. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von 3 Dingen ab: 1) von der Entwaffnung Deutschlands. Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rats bestanden. Zweifelslos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Atmosphäre des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr jener großen Heere sicher fühle, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden seien, so sei es unmöglich, Küstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer ans Tageslicht. Nichts gehehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen und kein Geschütz auf dieses Schiff gestellt, von dem die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, das mit seiner früheren Heberlegenheit vergleichbar sei.

Lloyd George über die Tagung des Obersten Rats.

London, 15. Aug. Lloyd George kam heute auf die letzte Tagung des Obersten Rats zu sprechen und erklärte, es habe große Genugtuung hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschlieung gefaßt worden sei, nach der die Allianz nicht nur fortbauere, sondern gefestigter dastehen denn je. Zur oberösterreichischen Frage betonte er, sie sei durch Reimengung anderer Elemente verwickelt gemacht worden, die sie zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Weiss Kreise in Frankreich glaubten, daß die Wegnahme der Kohlen- und Eisenlager von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Er halte dies für einen Irrtum. Schlesien sei keine polnische Provinz. Vier Fünftel der Bevölkerung seien deutsch mit einer recht beträchtlichen polnischen Beimischung nach der Grenze hin. Die Auseinandersetzung habe sich um das bedeutende Industrie-Dreieck gedreht. Dort handle es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit. Die industrielle Entwicklung das Kapital und die Bevölkerung seien deutsch, so daß nach dem Prinzip: Ein Mann, eine Stimme, das Gebiet den Deutschen zufallen müsse.

London, 16. Aug. Lloyd George sagte nach einer ergänzenden Rede in seiner im Unterhaus abgegebenen Erklärung u. a. folgendes: Die letzte Zusammenkunft des Obersten Rats sei in vieler Hinsicht die wichtigste seit der Friedenskonferenz gewesen. Es gebe Fragen, die die Solidarität der Entente bedrohten. Er sei der Ansicht und sei gewiß, die Ansicht werde von jedem Mitglied des Hauses geteilt, daß die Einigkeit der Alliierten eine Gewähr für den Frieden Europas sei. (Beifall.) Ein Bruch, wobei jeder seine eigenen Interessen verfolge, ohne Rücksicht auf die anderen, würde die Gefahren des Konflikts vermehren, den Ansporn zur Verteidigung schwächen und die Gefahren, die den Weltfrieden bedrohen, unberechenbar vergrößern. Aus diesem Grunde sei die letzte Zusammenkunft des Obersten Rats eine der bedeutendsten, die bisher stattgefunden haben. Es sei außerordentlich zu begrüßen, daß zum Schluß der Konferenz eine Entschlieung angenommen wurde, die nicht nur besagt, daß die Allianz fortbauere soll, sondern daß der Geist der Allianz so stark wie je zuvor sei. (Beifall.) Die Frage, die die größten Besorgnisse veranlaßt, sei die oberösterreichische Frage gewesen, in vieler Hinsicht eine der gefährlichsten und verwickeltesten Fragen, die je erhoben worden seien, obgleich an sich verhältnismäßig eines der leichtesten Probleme, die je gelöst werden sollten. Lloyd George erklärte, es sei zuzugeden, daß die Bevölkerung Oberösterreichs überwiegend deutsch sei. Bezüglich des wesentlichen Teils Oberösterreichs, der in seiner überwältigenden Mehrheit für Deutschland gestimmt habe, bestehe unter den Alliierten vollkommene Übereinstimmung, desgleichen darüber, daß Plesch und Aynbitt, die für Polen gestimmt hätten, Polen zugezweien werden sollen. Die italienischen und die britischen Sachverständigen, desgleichen die italienische und die britische Kommission stimmten darüber überein, daß das so wichtige Industrie-Dreieck auf der Grundlage der Abstimmung der Bevölkerung Deutschland zugeteilt werden müsse. Es wäre vollkommen unmöglich, Inseln zu schaffen, und deshalb hätten sie zu beschließen gehabt, an wen das gesamte Gebiet fallen solle. Die französischen Sachverständigen seien ganz anderer Ansicht. Die italienische und die britische Kommission hätten in dieser Frage das eine Interesse, den beiden Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die französischen hätten genau das selbe Interesse, nur daß sie ungewissheit durch andere Umstände bewogen worden seien, die ihr Urteil mitbestimmten, nämlich die Frage der Sicherheit, indem sie die Vergewerte, das Zink und das Eisen, Deutschland wegnehmen und den Polen ausshändigen wollten. Dies sei keine Erwägung, die in dem Friedensvertrag enthalten sei. Der Vertrag gebe die sichersten Richtlinien bezüglich dessen, was in Betracht gezogen werden müsse, nämlich die Bevölkerung, sowie wirtschaftliche und geographische Erwägungen. Jene anderen Erwägungen gehörten jedoch nicht zu den Richtlinien des Vertrags und seien deshalb als außerhalb des Kreises der Erwägung liegend angesehen worden. Wenn einer Ungerechtigkeit zugestimmt würde, so würde dies einen Konflikt in der nächsten Zukunft, bestimmt in der ferneren Zukunft verursachen und in Europa würde es keinen dauernden Frieden geben. Das Haus werde sich erinnern, daß ein Versuch unternommen worden sei, um die Entschlieungen des Obersten Rats vorwegzunehmen. In Oberösterreich habe ein polnischer Aufstand stattgefunden, der eine sehr bemerkenswerte Ähnlichkeit hatte mit den gleichen Bedrohungen, die bereits in Bittina und an der russischen Grenze stattgefunden hatten und wie sie sich vorher in Oberösterreich ereigneten. Man sei in London der Ansicht gewesen, daß, wenn diese Dinge ohne Einspruch gebildet würden, die Herrschaft des Völkerrichts zu Ende sein werde und

daß Gewalt die Oberhand bei der Entscheidung dieser großen Grenzfrage erlangen würde. Dies würde für den Frieden verhängnisvoll gewesen sein. Aus diesem Grunde habe er den energischen Schritt unternommen, um einen nachträglichen Protest gegen die Anerkennung dessen, was als fait accompli gelten könnte zu erheben. Es sei wesentlich, daß eine Warnung erteilt werde, soweit die Regierung Großbritanniens in Betracht komme, die, wie erfolgreich auch immer der Zustand für eine gewisse Partei sei, diesen Zustand nicht anerkennen könne und daß nur eine Entscheidung das Schicksal Oberösterreichs bestimme, nämlich die Entscheidung der Körperschaft, die vom Friedensvertrag selbst geschaffen, nach den Grundfätzen handle, die in dem Friedensvertrag niedergelegt wurden. Lloyd George sprach sich anerkennend aus über die Hilfe, die Sir Harold Stuart geleistet habe, der mit großer Urteilskraft, Entschlossenheit und Takt gehandelt habe, und dem es im Verein mit den übrigen Kommissaren vor allem zu verdanken sei, daß der Zustand in Oberösterreich liquidiert und die Autorität der Alliierten wiederhergestellt wurde. Lloyd George erklärte weiter, es sei in der Einberufung der Konferenz des Obersten Rats seinerzeit eine Verzögerung entstanden und es sei nach einigen Erörterungen bald klar gewesen, daß eine vollständige Übereinstimmung vollkommen unmöglich sei. Es habe von Anfang an die Schwierigkeit der Frage der Sicherheit bestanden. Auf englischer Seite habe man empfunden, daß, sobald die statistischen, geographischen und wirtschaftlichen Fragen besprochen wurden, bei den Franzosen immer die Erwägung der Sicherheit vorherrschte und daher die Franzosen keinerlei Vorschläge zustimmen konnten, die den übrigen Alliierten annehmbar waren. Unter diesen Umständen habe man in voller Übereinstimmung beschlossen, die oberösterreichische Frage der schiedsrichterlichen Entscheidung des Völkerrichts zu unterbreiten. Man könne einwenden, daß dies bereits früher hätte gesehen werden können. Es hätte jedoch bestimmt nicht früher getan werden können, ohne daß man einen politischen Mißerfolg riskiert hätte. Die eine Schwierigkeit, die bestanden habe, sei die gewesen, daß man zunächst den Zustand erlebigen mußte. Man hätte dieses Problem nicht dem Völkerricht übergeben können, da er nicht über die Ausrüstung verfüge, um mit dem Zustand fertig zu werden. Der Oberste Rat sei die einzige Körperschaft gewesen, die sich mit dem Zustand habe befassen können. Er sei sicher, daß der Vorschlag, den Völkerricht zu entscheiden zu lassen, in dem einzigen Augenblick gemacht wurde, in dem er annehmbar war und Aussicht auf Erfolg hatte.

Eine Note Briands zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Berlin, 16. Aug. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris eine Note betreffend die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen durch den Obersten Rat übermittelt, in der es heißt: Diese Entscheidung sei von folgenden vor von der deutschen Regierung angunehmenden Bedingungen abhängig. Es wird eine interalliierte Stelle geschaffen, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird bei der Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die Waren betreffen, deren Empfänger oder Absender Firmen des auf Grund des Versailler Friedens besetzten Gebietes sind. Die deutsche Regierung erkennt die Gültigkeit der Handlungen an, die während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Verordnungen vorgenommen worden sind, die die interalliierte Rheinlandskommission in Ausführung der auf der Londoner Konferenz im März 1921 getroffenen Entscheidungen erlassen hat. Die interalliierte Rheinlandskommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung des Beauftragten der italienischen Regierung Ausführungs- und Überwachungsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, die sich auf die vorgenannten Entscheidungen, sowie auf die Verwendung der vereinnahmten Gelder und die Prüfung der geleisteten oder noch zu leistenden Ausgaben beziehen. Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die eben erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuss, der seine Vorschläge vor dem 1. September den Regierungen zu unterbreiten hat. Die Sachverständigen werden möglichst bald in Koblenz zusammentreten und sich dort mit den deutschen Delegierten treffen.

Die italienischen Minister über die Tagung.

Rom, 16. Aug. (Stefani.) Nach seiner Rückkehr von Paris unterrichtete Ministerpräsident Bonomi Vertreter der Presse über die Pariser Beratungen. Der Minister des Äußeren, der Finanzen und der des Schatzes waren ebenfalls anwesend. Bonomi erklärte, die Zustimmung des gesamten Oberösterreichs an einen einzigen Staat sei einstimmig abgelehnt worden. Um die Gefahr eines Bruches zu vermeiden, habe Italien vorge schlagen, den Völkerricht um ein endgültiges Urteil zu ersuchen. Die oberösterreichische Frage sei an den Völkerricht verwiesen worden, der seine Meinung dem Obersten Rat mitteilen werde. Dieser werde sie sich zu eigen machen. — Der Minister des Äußeren fügte hinzu, daß die beiden Parteien, Deutschland und Polen, angehört werden könnten. — Der Finanzminister

Lloyd George über die Aufgabe des Völkerrichts.

London, 16. Aug. Lloyd George erklärte in seiner Rede weiter, es sei nicht seine Aufgabe, dem Völkerricht zu diktieren, wie er sich mit dem Problem befassen soll. Er nehme jedoch an, daß der Rat nicht versuchen werde, sich selbst damit zu befassen, sondern daß er die oberösterreichische Frage entweder an einen Ausschuss von Juristen oder an einen Schiedsrichter (Arbitrator) verweisen werde. Es sei sehr wichtig, bevor irgend etwas unternommen werde, Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien zu verpflichten, die Entscheidung dieser vom Völkerricht ernannten Körperschaft anzunehmen. Die Parteien würden zweifellos vor dem vom Völkerricht ernannten Gerichtsbüro erscheinen. Die Frage würde auf Grund der fundamentalen, dokumentarischen Beweismittel verhandelt und das Urteil würde in der gewohnten Weise gefällt werden. Die oberösterreichische Frage sei die wichtigste, die bisher an den Völkerricht verwiesen worden sei, dessen Ruf, Stellung und Einfluß zweifellos

machte Mitteilungen über die Beschlüsse in der Reparationsfrage. Der Vorbehalt des Vertreters Frankreichs bei der Unterzeichnung des Schlussprotokolls bedeute keine Aufhebung der getroffenen Vereinbarung. Er erklärte sich vielmehr dadurch, daß die öffentliche Meinung in Frankreich durch die Ergebnisse der Konferenz wahrscheinlich wenig befriedigt sei. — Schatzminister de Nava teilte bezüglich der von Deutschland an Italien zu leistenden Zahlungen in natura mit, Italien wünsche solche Waren und Erzeugnisse, durch die der ital. Konkurrenz ein Schaden nicht erwachsen könne. Er stellte mit Bedauern fest, daß von italienischer privater Seite versucht werde, auch solchen Artikeln nach Italien Eingang zu verschaffen, die der heimischen Erzeugung Konkurrenz bereiten.

Eine Note Polens.

Paris, 16. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Warschau hat die polnische Regierung den Vertretern der Hauptmächte in Warschau eine Note überreicht, deren Text infolge der Entscheidung des Obersten Rats bezüglich Oberschlesien im Ministerrat beschlossen worden sei. Der Text dieser Note sei noch nicht veröffentlicht. Man wisse nur, daß die polnische Regierung erklärt, daß die unerwartete Entscheidung des Obersten Rats in Polen Erregung hervorgerufen habe, weil das eine neue Vertagung der Lösung des oberschlesischen Problems sei. Die polnische Regierung lenke die Aufmerksamkeit der Mächte auf die möglichen Folgen einer abermaligen Vertagung.

Eine Interpellation in der französischen Kammer.

Paris, 16. Aug. Der Abg. Mailard kündigt in einem Brief an den Ministerpräsidenten Briand eine Interpellation in der Kammer über den Obersten Rat an. Er sagt darin, daß bei einer Zuteilung des Industriebezirks Oberschlesien an Deutschland die nationale Sicherheit Frankreichs in unheilbarer Weise gefährdet werde.

Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichskanzler.

Berlin, 17. Aug. Gestern nachmittag fand eine Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler statt, an der sämtliche Fraktionen außer den Deutschnationalen und den Kommunisten teilnahmen. In dieser Besprechung wurde die allgemeine innen- und außenpolitische Lage erörtert. Unter den zur Debatte stehenden Tagesfragen nahmen die oberschlesische Frage und namentlich die großen Steuerfragen einen besonders breiten Raum ein.

Berlin, 17. Aug. Dem „Vorwärts“ zufolge sei man darüber einig gewesen, daß für die augenblickliche Teuerung ein Ausweg durch sofortige Teuerungszuschläge für die Beamten und Arbeiter geschaffen werden müsse.

Berlin, 17. Aug. Ueber den Zusammentritt des Reichstags ist zwischen Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten vereinbart worden, an dem 6. September, dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin festzuhalten und wegen der oberschlesischen Frage keine Zwischentagung abzuhalten. Für den Fall, daß die Steuerentwürfe am 6. September noch nicht dem Reichstag vorliegen, sollen die Teuerungszuschläge für Beamte und Staatsangestellte besprochen werden.

Berlin, 17. Aug. Laut „Vorwärts“ hat der Parteivorstand der S.P.D. den nächsten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei auf Sonntag, den 18. September, nach Görtlich einberufen. Am 17. 9 findet gleichfalls in Görtlich eine Reichsfrauenkonferenz der S.P.D. statt.

Lerond kehrt zurück.

Paris, 16. Aug. „Excelsior“ erklärt, ermächtigt zu sein, die Nachricht, daß General Lerond zurücktreten wolle und nicht auf seinen Posten nach Oberschlesien zurückkehren werde, bestimmt zu demontieren.

Neue Kämpfe und Unruhen.

Beuthen, 17. Aug. Auf Grund verschiedener Vorfälle waren Anzeichen vorhanden, daß ein örtliches Losschlagen polnischer ehemaliger Injuranten für die Nacht zum Mittwoch stattfinden sollte. Die Engländer haben aus diesem Grunde besondere Vorkehrungen getroffen. In den Mittagsstunden besetzten sie die Außenbezirke der Stadt, um Angriffe von polnischer Seite sofort zunichte zu machen.

Rosenberg, 17. Aug. In der Nacht zum Montag kam es bei dem Dorfe Sternath und Kostelitz an der Grenze zu einem Gefecht mit regulären polnischen Truppen, denen es gelang, durch eine umfassende Bewegung die beiden Dörfer mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zu nehmen. Nach herbeigeleiteten deutschen Kräften gelang es nach heftigen Kämpfen, bei denen auch Handgranaten verwendet wurden, die Polen über die Grenze zu drängen. Die Polen haben 24 Tote und eine Anzahl Verwundete.

Ausland.

Ein Bund der Deutschen in Polen.

D. A. J. In einer wachstollen Versammlung in Lodz am 26. Juli, die von ungefähr 3000 Personen besucht war, wurde die seit Monaten vorbereitete Gründung des Bundes der Deutschen in Polen vollzogen. Die Versammlung erklärte, daß man keinerlei politische Aktion zu unternehmen gedenke und daß man in Uebereinstimmung gemeinsam mit den Mitbürgern polnischer Nationalität den Aufbau des Reiches herbeiführen wolle. Der Bund wolle hauptsächlich ein Kulturbund sein, Schulen, L.-gründen und unterhalten, Bibliotheken, Kindergärten und sonstige Kulturanstalten nach dem Rechte der Minderheiten ins Leben rufen. In die Spitze des Bundes wurde der Lodzer Sejmabgeordnete P i e r m a n n berufen.

Der Zehnkrontar in Wien.

Die gegenwärtige Wiener Gemeindeverwaltung wurde in der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderats an einigen drastischen Beispielen illustriert. Während ein Dringlichkeitsantrag der Christlichsozialen auf Besprechung der Straßen- und Gartenanlagen, die durch die anormale Hitze notwendig geworden war, mit den sozialistischen Stimmen abgelehnt wurde, stimmten die Sozialisten geschlossen für den 10 Kronentarif der Wiener Straßenbahnen. Nach der neuen Lohnregulierung erhält ein Straßenbahnschaffner mit 10jähriger Dienstzeit monatlich nun-

mehr 11 391 Kronen außer seinem Nebeneinkommen. Die Mehrkosten, die der Straßenbahn dadurch neu erwachsen, betragen jährlich 485 Millionen Kronen.

König Peter von Serbien †.

Belgrad, 17. Aug. König Peter von Serbien ist gestern nachmittag gestorben.

Steigende Zahl der amerikanischen Konkurse.

Im Laufe des Monats Juli erfuhr die Zahl der Konkurse in Amerika eine wesentliche Steigerung gegenüber dem März. Es stellten insgesamt 1483 Firmen ihre Zahlungen in Höhe von 69 Millionen Dollar ein. Im Juni waren es 1329 Firmen mit 50 Millionen Dollar, in den ersten 6 Monaten dieses Jahres fanden 1910 Zahlungseinstellungen mit 378 Millionen Dollar gegenüber 2927 mit 101 Millionen für die gleiche Zeit des Vorjahres statt. Im Laufe des Juli wurden 517 Gesellschaften neu gegründet mit einem Kapital von je 100 000 Dollar und darüber, im ganzen mit einem Kapital von 261 Millionen Dollar. Dies ist seit 1918 die geringste Zahl von Neugründungen. Im Juli 1920 wurden 1106 neue Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 1260 Millionen Dollar errichtet. Für die ersten 7 Monate dieses Jahres betrug die Gesamtkapitalen neuer Gesellschaften 5299 Millionen Dollar gegen 10 170 Millionen Dollar für die gleiche Periode im vergangenen Jahr. Die Neugründungen beziehen sich hauptsächlich auf die Oel-, Gas-, Schifffahrts- und chemischen Branchen.

Goldzufuhr nach Amerika.

Die Goldzufuhr der Vereinigten Staaten betrug in dem eben beendeten Finanzjahr 650 Millionen Dollars. Das ist mehr als in irgend einem Jahr mit Ausnahme von 1917, wo die Goldzufuhr 977 Millionen Dollar betrug. Während des Krieges ist Gold in großen Massen aus Europa nach Amerika geströmt. Im Jahre 1921 betrug die Goldzufuhr 650 Mill. Dollar und seit Kriegsanfang ergibt sich die Riesensumme von 2630 Mill. Dollar. Dieses Gold ist in den Ver. Staaten geblieben und nur ein Teil davon wurde wieder ausgeführt. Der Export betrug seit Beginn des Krieges 1435 Millionen Dollar, so daß die Netto-Zufuhr 1190 Dollar ausmachte. Der Zuwachs zu den Goldvorräten stellte sich auf 1725 Millionen Dollar, wovon 300 Millionen Dollar für die Industrie benötigt wurden und das Münzgold 1350 Millionen Dollar ausmachte.

Das Schicksal der deutschen Wolga-Kolonien.

D. A. J. Die Wolga-Kolonien sind in schwerster Gefahr. Dieses Zentrum deutschen Fleißes und deutscher erfolgreicher Leistungen ist von russischen Bolschewisten systematisch zugrunde gerichtet worden. Man hat nicht nur die Freiheiten der Deutschen unterdrückt, hat ihnen reichsdeutsche Kommunisten als „Führer“ und „Hüter“ gegeben, hat sie zwangsweise zur kommunistischen Verwaltung gedrängt und jede Gegenregung unterdrückt, man hat vor allen Dingen mit Requisitionen in diesen reichen Bezirken derart scharf durchgegriffen, daß fast überhaupt kein Saatgetreide und kaum noch Vieh zum Bestellen der Felder vorhanden war. Nun rückt sich diese kurzfristige Politik. Das Gebiet, das ein gewaltiges Ueberflußgebiet an Getreideernte für ganz Westrußland sein könnte, hat infolge der nur in geringem Umfang bestellten Getreideflächen und der totalen Trodenheit eine völlige Misere ergeben. Die gesamten deutschen Kolonien nagen am Hungertuche. Blühender Wohlstand ist vernichtet, unheimliches Elend breitet sich über unsere deutschen Stammesgenossen aus. Da ist es Pflicht zu helfen. Schon hat sich ein Hilfskomitee gebildet und auch die „Vereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum“, der die bedeutendsten charitativen Organisationen angehören, wird einzuspringen haben. Vor allem aber ist es nötig, daß das deutsche Volk weiß, was seine Brüder und Schwestern an der Wolga geleistet haben und was ihr Werk fleißiger Arbeit von Jahrzehnten ist. Da ist im Aus- und Heimat-Verlage (Stuttgart, Neues Schloß) in den Schriften des Deutschen Auslands-Instituts ein Buch eines Sohnes der Wolga, Dr. Gerhard Bonwetsch, erschienen, das eine „Geschichte der deutschen Kolonien an der Wolga“ enthält, die zum ersten Male eine zusammenfassende, auf den besten bekannten deutschen und russischen Quellen beruhende Geschichte des Gebietes gibt. Bonwetsch schildert die Gründung der Wolga-Kolonien 1762 bis 1796, die Blütezeit der Kolonien, die bis 1845 reichte, die Zeit der großen Ansiedelung, die dann 30 Jahre lang währte und den Niedergang der Kolonien bis zum Jahre 1917, dem jetzt die völlige Vernichtung folgte. Das spannende geschriebene Werk sollte jetzt gerade in keiner Volks- oder Schulbibliothek fehlen. Gibt es doch keinen glänzenderen Beweis dafür, wie prachtvoll es unsere Auslandsdeutschen verstanden, ein fremdes Gebiet zu kolonisieren, ein wie großer Kultur- und Wirtschaftsfaktor sie waren und wie leichsinnig es war, sie in blindem Haß zu vernichten, um dadurch nur Rußland selbst Schaden zuzufügen. Das Buch ist zu dem billigen Preise von nur 4 Mark durch den Verlag zu beziehen.

Deutschland.

Der Streik der Eisenbahner.

Berlin, 16. Aug. Hinter dem Streik der Eisenbahner des Bezirks Kassel stehen die totalen Instanzen der Eisenbahnergewerkschaften. Der Hauptvorstand des Eisenbahnerverbands Berlin hat einen und das Reichsverkehrsministerium zwei Vertreter nach Kassel entsandt zur Schlichtung des Lohnkonflikts. Es ist anzunehmen, daß der Streik morgen erloschen sein wird.

Der Streik in Bremen.

Bremervorstand, 16. Aug. Die Staatsarbeiter beim hiesigen Hafenausbau haben sich mit ihren Bremer Kollegen solidarisch erklärt und auf einstimmigen Beschluß die Arbeit niedergelegt.

Bremen, 16. Aug. Der Verband bremischer Beamtenvereinigungen und die Afa haben sich auf die Seite der streikenden Staatsarbeiter gestellt, indem sie die Beamten auffordern, jegliche Streitarbeit unbedingt abzulehnen. In den Streik der Staatsarbeiter ist auch das technische Personal der vereinigten städtischen Theater hineinbezogen. Der Straßenbahnverkehr ist heute in gewöhnlichem

Umfange aufgenommen, da er als lebenswichtiger Betrieb anerkannt ist.

Bremen, 16. Aug. Die Direktion der A.-G. Weser hat mehrmals dringende Mahnungen an die Arbeiterschaft gerichtet und auf die schweren Folgen einer Arbeitsverweigerung hingewiesen. Die Arbeiterschaft trat darauf zu einer Betriebsversammlung zusammen, in der beschlossen wurde, heute in den Streik zu treten. Die Direktion hat daraufhin beschlossen, die Arbeiterschaft reiflos zu entlassen.

Ablehnung der bayerischen Forderungen durch das Reichsernährungsministerium.

Berlin, 16. Aug. Auf das Ersuchen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr um Anwendung der im § 42 der Reichsgetreideordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse hat sich das Reichsernährungsministerium, wie bereits mitgeteilt, ablehnend verhalten. Ein diesbezüglicher Bescheid ist seitens der Reichsregierung der bayerischen Regierung zugegangen. Das Reichsernährungsministerium hält eine Abschlepfung Bayerns in der Getreidewirtschaft nicht für notwendig, da die Getreideausfuhr in Bayern keinen besonders großen Umfang angenommen haben und weiter die Gefahr eines Ueberschreitens des Weltmarktpreises durch die Freigabe der Brotgetreidezufuhr beseitigt worden ist. Es besteht also in keiner Weise Veranlassung, Deutschland nicht als einheitliches Wirtschaftsgebiet weiter bestehen zu lassen.

Eine Verzweiflungstat.

Berlin, 15. Aug. In Uchsen bei Fürstberg wurde der dort in der Sommerfrische weitende Wertmeister Wahl aus Neu-Röll mit seinen 2- und 9-jährigen Kindern in seinem Zimmer tot aufgefunden. Der ärztliche Befund ergab, daß Wahl seine beiden Kinder zuerst durch Revolvergeschosse schwer verletzete und ihnen dann mit einem Rückenmesser den Hals durchschnitten hatte. Wahl hat dann Selbstmord durch Erhängen begangen. In einem Brief an seine geschiedene Frau gibt Wahl an, daß er die Tat begangen habe, um die Kinder vor einer ungewissen Zukunft zu bewahren.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. August 1921.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. August 1921 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 10 Ochsen, 6 Küder, 5 Farcen, 5 Kühe, 62 Kälber, 29 Schweine und 8 Schafe.

Der württ. Arbeitsmarkt im Juli.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat im Laufe des Monats Juli eine weitere Besserung erfahren, was am deutlichsten am Rückgang der Erwerbslosenziffer zu erkennen ist. Während am 1. Juli etwa 5000 Personen die volle Unterstützung bezogen, betrug die Zahl der Unterstützungsempfänger am 1. August rund 2800 (am 1. April 9500). Am meisten Beschäftigungsgelegenheit bot die Landwirtschaft, die zur Bewältigung der Erntearbeiten viele Leute benötigte. Des weiteren forderte das Baugewerbe so viele Kräfte an, daß der Nachfrage nach geübten Bauarbeitern nicht immer sogleich entsprochen werden konnte. Verhältnismäßig gut beschäftigt blieben die Bekleidungs-, die Textil-, die Holzindustrie und das Gastgewerbe. Die Stellenangebote im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mehrten sich gegen Ende des Monats. Zur Verarbeitung der durch die neue Ernte gewonnenen Erzeugnisse wurden Müller, Bierbrauer und Arbeitsträfte für Teigwarenfabriken benötigt. In allerletzter Zeit setzte auch in der Metallindustrie eine Besserung ein, die sich besonders in der Nachfrage nach Automobil- und Motorenchlossern sowie Kupferschmiedern äußerte. Der Mangel an weiblichem Dienstpersonal für Haus- und Landwirtschaft bestand unvermindert fort.

Arbeitsnachweis der Inneren Mission.

Seit einigen Monaten besteht in Stuttgart ein Arbeitsnachweis der Inneren Mission in Württemberg. Die Geschäftsstelle ist das Jugendsekretariat, Hofstraße 11. Die besonderen Bedürfnisse erzieherischer und fürsorgereicher Art, die für die Innere Mission bestehen, kann der öffentliche Arbeitsnachweis, mit dem natürlich Arbeitsgemeinschaft gesucht werden muß, nicht hinreichend befriedigen. Er bedarf nach dieser Seite einer Ergänzung. Der Arbeitsnachweis für Innere Mission erstreckt seine Tätigkeit auf folgende Gebiete: 1) Vermittlung charitativer Personals für ev. Vereine, Anstalten und Geschäftsstellen, 2) Vermittlung von Dienst- und Arbeitspersonal für ev. Anstalten und Heime, 3) Vermittlung von Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen für Anstaltszöglinge, 4) desgl. für Erwerbsbeschränkte und sittlich gefährdete Jugendliche. Diesem Arbeitsnachweis haben sich 46 ev. Organisationen (Diatonikvereine, Sekretariate, Schulen der Inneren Mission, Erziehungsanstalten, Zufluchtsstätten und Heilanstalten) in ganz Württemberg angeschlossen.

Anmeldungen im Ausgleichsverfahren.

Nach dem Friedensvertrag werden bestimmte Geldforderungen gegen die am Ausgleichsverfahren beteiligten Staaten u. deren Angehörigen nur im Ausgleichsverfahren geregelt; der Rechtsweg ist infolgedessen ausgeschlossen, die Nichtanmeldung ausgleichspflichtiger Forderungen ist unter Strafe gestellt. Durch ein neueres Abkommen ist die Anmeldefrist bis 30. September 1921 verlängert. Für Württemberg ist die Zweigstelle des Reichsausgleichsamts in Stuttgart, Redarstraße 47, zuständig. Geldforderungen gegen Elsaß-Lothringen unterliegen dem Ausgleichsverfahren, wenn sie aus der Zeit vor dem 11. November 1918 herrühren und bis spätestens 10. Januar 1920 fällig geworden sind. Zu diesen Forderungen gehören auch Unterhaltsansprüche gegen Elsaß-Lothringische Väter, die bis zum 10. Januar 1920 fällig geworden sind, gleichviel ob über diese Artikel eingegangen ist oder nicht.

Mitmaßliches Wetter am Donnerstag und Freitag. Die Störungen lassen sich, aber der neue, von Südwest kommende Hochdruck wird sich schwerlich behaupten. Am Donnerstag und Freitag ist meist trockenes, etwas wärmeres, aber noch unsicheres Wetter zu erwarten.

Neue L.

Durch das B. Die leitherrigen haben und für führen eingeführt Vergütung für Ortsverkehr. Grundgebühr ist terhaltung der. haltung der. Anschließ, der wird, nicht der in den 380 und 700. Für das Dr. ds. 36. 460. Calw 380. A. b. Anschließ nicht 1. September 1.

Von d.

gegen den V. wirtschaftsforat, Möglichkeit gel. 7-Uhr-Ladenöffn. werksammer ei. schlossen, das. wiesen, daß nicht auch an den möglich ist, wen. beschäftigt wird. drei Stunden.

Am die

Stuttgart, 1. beförderung der. ist nach langem. Kammer beschl. Aber fast dreiv. noch immer ver. Nur das eine. amten schon seit. Wie diese Verz. in meiner Nach. der Beamter de. Teile seiner. Kupferstücke, ad. trägt, weil ihm. der Herr Mini. ob nicht eine.

Der A.

(S.C.B.) St. über außerord. Magistrat Berl. lehrungen getro. Zimmer vom. müssen. Als N. Ausschuß für d. folgende Richtl. lierte Zimmer. Zimmers; 2. de. schlag für alle. wird berechnet. wird durch die. abnutzung gilt. heigen Herstell. wird der von. derte Preis für. Reinigung der. fage die Selbst. lerten Zimmer. als die hieraus.

Aus S.

Der Bischof. Teil haben möch. sehr viel Gold u. Beher und Bü. dienft nötig wa. Art kam das K. heit selbiger. eine ziemlich he. des 16. Jahrhu. Nachdem nur. Kosten zustande. freid dahin beda. ihrer Regel wo. möchte: gute. b a n u s M a u. seinem Kloster. und Züchten, als. Leute, berührt. nigen und Befeh. Rabanus um 15. bertum (and. ehrwürdigen G. mille, zum Abt. das Kloster un. aufgenommen. Eszen des H. P. Fürsten, Bischöfe. von Fulda. So. den die Reliqui. artus mit groß. digen Personen a.

Stiller Betrieb anerkannt
A. G. Weser hat mehr
schafft gerichtet und auf
rung hingewiesen. Die
berammlung zusammen,
it zu treten. Die Direk-
chaft restlos zu entlassen.

**Forderungen
ministerium.**
des Bayerischen Minister-
er im § 42 der Reichs-
der eingeräumten Befug-
m, wie bereits mitgeteilt,
Wescheid ist seitens der
gegangen. Das Reichs-
Bayerns in der Ge-
die Getreideausläufe in
genommen haben und
Weltmarktpreises durch-
igt worden ist. Es be-
Deutschland nicht als ein-
zu lassen.

stat.
enberg wurde der dort
er Wahl aus Neu-Kölln
in seinem Zimmer ist
daß Wahl seine beiden
er verlebte und ihnen
s durchschnitten hatte.
s begangen. In einem
sicht an, daß er die Tat
ungewissen Zukunft zu

Land.
17. August 1921.
thaus.
21 wurden im hiesigen
Kinder, 5 Faren, 5
afe.

st im Juli.
m Laufe des Monats
das am deutlichsten am
inen ist. Während am
Unterstützung bezogen,
ger am 1. August rund
Beschäftigungszele-
wältigung der Ernte-
weiteren forderte das
er Nachfrage nach ge-
entsprochen werden
blieben die Bekab-
das Gastwirtschafts-
d Genusmittelgewerbe
Zur Verarbeitung der
gnisse wurden Mäster,
warenfabriken benötig-
etallindustrie eine Be-
frage nach Automobili-
mieden äußerte. Der
Haus- und Landwirt-

eren Mission.
gart an Arbeitsnach-
erg. Die Geschäftsstelle
Die besonderen Be-
Art, die für die Innere
Beitrag nachweis, mit dem
werden muß, nicht hin-
er Seite einer Ergän-
Mission erstreckt seine
mittlung karitativen
und Geschäftsstellen,
sperational für ev. An-
kehr, Dienst- und
desgl. für Erwerbs-
liche. Diefem Arbeits-
en (Diatonienhändler,
1, Erziehungsanstalten,
anz Württemberg an-

shsverfahren.
stimmte Geldforderun-
stimmten Staaten u de-
n geregelt; der Rechts-
anmeldung ausgleichs-
gestellt. Durch ein
ist bis 30. September
die Zweigstelle des
straße 47, zuständig,
unterliegen dem Aus-
vor dem 11. November
uar 1920 fällig gemot-
ren auch Unterhalts-
die bis zum 10. Ja-
ob über diese Urteil

estag und Freitag.
neue, von Südwesten
behaupten. Am Don-
etwas wärmeres, aber

Neue Ordnung der Fernspreckgebühren.
Durch das Fernspreckgebühren-Gesetz vom 11. Juli 1921 sind die seitherigen Pauschalgebühren für Fernspreckanschlässe aufgehoben und für alle Teilnehmer Grund- und Ortsgesprächsgebühren eingeführt worden. Die Ortsgesprächsgebühren sind die Vergütung für die Herstellung der Gesprächsverbindungen im Ortsverkehr. Sie betragen 25 Pfg. für jedes Gespräch. Die Grundgebühr ist die Vergütung für die Ueberlassung und Unterhaltung der Apparate sowie für den Bau und die Instandhaltung der Anschlußleitungen. Sie beträgt jährlich für jeden Anschluß, der von der Vermittlungsstelle, an die er geführt wird, nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist, je nach Zahl der in den Ortsnetzen vorhandenen Hauptanschlässe zwischen 380 und 760 M. jährlich.

Für das Ortsnetz in Calw wird die Grundgebühr ab 1. Okt. ds. Js. 460 M. für sämtliche übrigen Ortsnetze im Oberamt Calw 380 M. betragen. Jeder Fernspreckteilnehmer, der seinen Anschluß nicht beibehalten will, ist berechtigt, denselben bis 1. September 1921 zum 30. September 1921 zu kündigen.

Von der Handwerkskammer Stuttgart.
Gegen den Antrag des sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsamt, die Reichsregierung solle den Gemeinden die Möglichkeit geben, durch Ortsstatut einen früheren als den 7-Uhr-Ladenstluß herbeizuführen, hat der Vorstand der Handwerkskammer eine ablehnende Haltung eingenommen, ferner beschlossen, das Landesgewerbeamt zu erlöhen, es möge dahin wirken, daß nicht nur an einem Sonntag jeden Monats, sondern auch an den übrigen Sonntagen das Öffnenhalten der Läden möglich ist, wenn an den drei übrigen Sonntagen Personal nicht beschäftigt wird. Gewünscht wird eine Verkaufszeit bis zu drei Stunden.

Um die Aufbesserung der Altpensionäre.
Stuttgart, 15. Aug. Dem SCB. wird geschrieben: Die Aufbesserung der Altpensionäre, ihre Gleichstellung mit den andern, ist nach langem Warten im Dezember vorigen Jahres von der Kammer beschlossen worden und soll vom 1. 4. 20 an gelten. Aber fast dreiviertel Jahre sind seitdem wieder verstrichen und noch immer verläutet nichts von einer bevorstehenden Zahlung. Nur das eine wirkt betrübend, daß die ehemaligen Bahnbeamten schon seit mehreren Wochen ihren Anteil erhalten haben. Wie diese Verzögerung wirkt, mag die Tatsache erläutern, daß in meiner Nachbarschaft ein Kollege, einst ziemlich hochstehend, der Beamter der fünften Rangstufe war, von Monat zu Monat Teile seiner Kostbarkeiten und Familienerbstücke (Bücher, Kupferstiche, altes Porzellan, Möbel) zum Auktionshändler trägt, weil ihm seine Pension zum Leben nicht ausreicht. Könnte der Herr Minister nicht ein wenig nachsehen, wo es fehlt und ob nicht eine Besserung möglich wäre?

Der Mietpreis für möblierte Zimmer.
(SCB) Stuttgart, 15. Aug. Immer wieder hört man Klagen über außerordentlich hohe Preise für möblierte Zimmer. Der Magistrat Berlin hat gegen diese Art Wohnungswucher Vorkehrungen getroffen, wonach auch Mietverträge über möblierte Zimmer vom Vermieter dem Wohnungsamt angezeigt werden müssen. Als Norm für die Festsetzung des Mietpreises sind vom Ausschuß für das Wohnungswesen den Mietvereinsleitern folgende Richtlinien gegeben worden: Der Mietpreis für möblierte Zimmer setzt sich zusammen aus: 1. dem Wert des leeren Zimmers; 2. dem Zuschlag für die Möbelabnutzung; 3. dem Zuschlag für alle Nebenleistungen. Der Wert des leeren Zimmers wird berechnet aus dem Gesamtmietpreis der Wohnung dividiert durch die Zahl der Zimmer. Als Zuschlag für die Möbelabnutzung gilt als angemessen für ein Jahr 15 Prozent des jetzigen Herstellungswertes der Möbel. Als Herstellungswert wird der von den gemeinnützigen Hausratsgesellschaften geforderte Preis für gleichartige Möbel berechnet. Für Bedienung, Reinigung der Wäsche, Beleuchtung usw. gelten als Vergütungsätze die Selbstkosten des Vermieters. Der Mieter eines möblierten Zimmers, der glaubt, daß ihm für sein Zimmer mehr als die hieraus errechnete Miete abgefordert wird, kann bis

zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages das Mietvereinigungsamt anrufen, das dann nach obigen Richtlinien den angemessenen Mietspreis festlegt.

Neubau, 16. Aug. Am kommenden Sonntag abends 8 Uhr wird Herr Richard Jordan, Rigas-Stuttgart, in unserer Kirche eine Meisterbilder-Andacht (Luthers Leben) zum besten des Gemeindehauses halten. Ein Vortrag über seine 10jährigen Reisen durch Rußland wird vorausgehen. In Calw, Hirau, Liebenzell, Nagold und mehr als 100 anderen Orten Württembergs haben Jordans Meisterbilder-Andachten volle Kirchen und großen Anhang gefunden. Am Samstag wird eine besondere Bilder-Andacht für Schüler vorausgehen.

(SCB) Pforzheim, 16. Aug. Wie man in der Stadt erzählt, hat der Streit vom Samstag indirekt auch ein Menschenleben gekostet. Die Tochter des vormaligen Bädermeisters Mayer in der Luffenstraße, Frau Apotheker Graf in Stuttgart, die wegen der Umzugschwierigkeiten noch bei ihren Eltern hier wohnte, holte, als das städtische Wasserwerk streikte, am Samstag abend einen Eimer Wasser in der Enz unten. Sie hat sich dabei offenbar aufgeregt. Dies trug wohl dazu bei, daß eine Frühgeburt erfolgte, die am Sonntag mittag den Tod brachte. Die technische Nothilfe war da und stand zum Eingreifen bereit, aber sie durfte nicht eingreifen, um der Bürgerschaft Gas, Wasser und Elektrizität zu liefern, denn die technische Nothilfe tritt nur mit Genehmigung der Landesregierung in Tätigkeit. Diese Genehmigung ist von Pforzheim durch Vermittlung des Postamts in Karlsruhe auch nachgesucht worden; sie wurde nicht bewilligt.

(SCB) Stuttgart, 15. Aug. Der frühere langjährige Vorstand des katholischen Kirchenrats, Präbident a. D. Dr. Emil v. Hefele, ist im Alter von 82 Jahren hier nach längerem Leiden gestorben. Er war 1838 in Stuttgart als Sohn des Direktors beim Steuerkollegium Hefele geboren, schlug die juristische Laufbahn ein und kam 1870 als Assessor zum kath. Kirchenrat, dessen Vorstand er von 1883 bis 1903 war und in dem er sich solche Verdienste erwarb, daß er bei seinem Uebertritt in den Ruhestand zum Ehrenmitglied des kath. Kirchenrats ernannt wurde. Seither lebte er in Stuttgart, wo einer seiner Söhne als Stadtpfarrer an St. Nikolaus wirkt.

(SCB) Eßlingen, 16. Aug. Beim Verlauf des städtischen Gemeindeobstes in Hegesberg wurden im Durchschnitt reichlich 100 Mark pro Zentner erzielt. Bei den Obstverkäufen auf den städtischen Gütern der Filialorte Rüdern, Sulzgries usw. in voriger Woche wurde der Zentner Obst auf dem Baum bis zu 100 Mark hinaufgetrieben. Bezeichnend ist, wie die sozialdemokratische Eßlinger Volkszeitung berichtet, daß die harntüchtigsten Steigerer nicht immer den begüterten Kreisen angehören.

(SCB) Weisheim, 15. Aug. Die Sammlung für die durch das Großfeuer geschädigten Familien hat bis jetzt etwas über 45 000 Mark erbracht. Auch Lebensmittel, Kleider usw. sind gespendet worden, aber das alles reicht lange nicht hin. Am schlimmsten ist die Wohnungsnot, weil 22 Familien durch den Brand obdachlos geworden sind und die Zahl der Wohnungssuchenden jetzt auf fast 100 gestiegen ist. Die Stadt ist nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln neue Häuser zu bauen. Nach einem Vortrag des Landeswohnungsinspektors, Baurat Daser (Stuttgart), wurde deshalb die Gründung einer Baugenossenschaft in Angriff genommen. Die Stadt hat 200 Anteilscheine zu je 50 M. gezeichnet. Obgleich die Industrie sich über ihre Verteilung noch nicht ausgesprochen hat, erscheint die Gründung des Vereins gesichert, der in der Nähe des Bahnhofes zu bauen beabsichtigt.

(SCB) Weisheim, 16. Aug. Weil die Getreideernte in einem Teil des Landes durch Hagelschlag vernichtet wurde, ist das Umlagegeld an Brotgetreide im Bezirk auf 10 Prozent erhöht worden.

(SCB) Heidenheim, 16. Aug. Bei der Firma C. F. Blouquet hat der bekannte Wänschelrutengänger Otto Gräßle, händ. Beamter in Stuttgart, in 7 1/2 Meter Tiefe eine Wasserader mit einer Maximalleistung von 60 Sekundenliter gemutet, eine Wassermenge, die eine moderne Wasseranlage für eine Stadt mit zirka 60 000 Einwohnern ausreichend versorgt.

(SCB) Rosenfeld, D.-A. Sulz, 16. Aug. Die Pferdebezug auf dem kleinen Heuberg, die schon vor dem Krieg bedeutend war, hat sich in den letzten Jahren noch ganz bedeutend gehoben. Ein bekannter Sachverständiger hat den kleinen Heuberg als das geschaffenste Zuchtgebiet der Halbblutzucht bezeichnet. — Ebenso steht es mit der Viehzucht. Die Landwirte haben durch ziel- und planmäßige Hochzucht der Fleckviehherde einen sehr guten, weithin bekannten Viehstand geschaffen. Zum Anlauf guter Zuchttiere bieten die in Rosenfeld für den kleinen Heuberg stattfindenden Pferde- und Zuchtviehmärkte die günstigste Gelegenheit.

(SCB) Tübingen, 15. Aug. Eine ordentliche Professur für klassische Philologie an der philosophischen Fakultät der Universität ist dem ordentlichen Professor Dr. Weinreich an der Universität Heidelberg übertragen worden.

(SCB) Vom Heuberg, 16. Aug. Die lange Trockenheit hat auch auf unsern Höhen sämtliche Getreidearten ausnahmsweise früh zur Reife gebracht. Bereits zu Beginn des August konnte mit dem Schneiden des Dintels der Anfang gemacht werden. Sekterer ist bei ausgezeichnetem Erntewetter unter Dach gekommen. Das Ertragnis ist heuer ganz ungewöhnlich gut. Die Salme waren mannhoch, die Ähren lang und schwer. Die geerntete Brotsfrucht verspricht ein ausgezeichnetes Mehl und vorzügliches Brot. Der Haber ist auf rauheren Stellen im Halm etwas kurz geblieben, doch ist der Körnerertrag durchweg recht zufriedenstellend. Wenn von manchen Gegenden berichtet wird, daß die Dürre in Hinsicht auf die Dehmernte einen völligen Ausfall verursachte, so können wir mit dem zweiten Zuterschnitt wohl zufrieden sein. Die grünen Wiesen haben durch die Trockenheit keine Not gelitten und auf den härteren Plätzen ist infolge nunmehr eingetretenen Regens immerhin noch auf Herbstfutter zu rechnen. In auffälliger Frische haben sich trotz der Trockenheit die Kartoffelstöcke erhalten. Man schreift dies der feinen Beschaffenheit unserer Böden zu und macht die Erfahrung, daß die dem Boden reichlich beigemengten Steine zur Erhaltung der Feuchtigkeit wesentlich beitragen. Nach der nun erfolgten Durchfeuchtung des Erdreichs sind ganz gute Aussichten auch für die Kartoffelernte vorhanden.

(SCB) Münsingen, 15. Aug. In der Nacht vom 11. auf 12. ds. Mts. wurden aus dem Stalle des Bauern Karl Knäuper in Wisingen 2 Pferde, ein hellbrauner Wallach und eine Rappute sowie zwei ältere, noch gut erhaltene Arbeitsgeschirre gestohlen. In derselben Nacht ist in Steinhilben ein blauangestrichener Wagen mit Heulatern weggenommen, an den vermutlich die gestohlenen Tiere gespannt worden sind. Der Bestohlene hat für die Wiederbeibringung der Pferde eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

(SCB) Mittelstadt, 16. Aug. Für die hiesige Schafweide, die bisher um 1359 M. verpachtet war, wurde der Preis von 61 000 M. erzielt.

(SCB) Ulm, 16. Aug. Die Handelskammer sprach sich dagegen aus, daß die Gemeinden durch Ortsstatut einen früheren als den 7 Uhr Ladenstluß feststellen könnten, weil die Ladeninhaber dadurch empfindlich geschädigt werden könnten. Die Handelskammer hat in einer Eingabe an die Eisenbahngeneraldirektion darauf hingewiesen, daß die Erhöhungen der Mieten für die Lagerplätze der Eisenbahn eine Verzinsung von 25—250 Prozent des Wertes der Lagerplätze darstellen und deshalb als unerträglich bezeichnet werden müssen. Die Kammer hat, dieses Mißverhältnis auf das erträgliche Maß zurückzuführen.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Jetzt ist die richtige Zeit, Säuglingen statt der im Sommer gefahrbringenden frischen Milch das erprobte und seit über 50 Jahren stets bewährte Nestlé'sche Kindermehl zu reichen. Dasselbe hat den Vorzug, niemals Verdauungsstörungen zu verursachen, dagegen aber bereits bestehende Magenbeschwerden zu beseitigen. Die von einem berühmten Kinderarzt verfaßte Broschüre über die Pflege des Kindes versendet gratis und franko „Linda“, Gesellschaft m. b. H., Berlin W 57.

Aus Sage und Geschichte der Heimat.

Der Bischof Nottingus aber, damit er an diesem H. Werk auch Teil haben möchte, schickte während der Zeit seinem Herrn Vater sehr viel Gold und Silber zu; auch Kreuze von Gold und Silber, Becher und Bücher zu, und andere Dinge mehr, so zum Gottesdienst nötig waren, und ein Ansehen machten. Und auf solche Art kam das Kloster und die Mönchswohnungen, nach Beschaffenheit selbiger Zeiten, ziemlich herrlich zu stand; (hier folgt eine ziemlich heftige Auslassung Tritenheims gegen die Mönche des 16. Jahrhunderts).

Nachdem nun solches herrliche Werk im Jahr 838 mit großen Kosten zustande gebracht worden, so war der fromme Graf Erlafrid dahin bedacht, woher er Benediktiner Mönche, so schon in ihrer Regel wohl gegündet wären, in dieses Kloster bekommen möchte: gute Professores in die neue Schule. Als aber Rabanus Maurus, (der berühmte) Abt zu Fulda, in seinem Kloster solche Mönche hatte, welche bei Kaisern, Königen und Fürsten, als heilige und der Heliigen Schrift sehr erfahrene Leute, berühmte waren, da hielt der Graf, auf Einraten der Seinigen und Befehl des Erzbischofs von Mainz Ddegarius bei Rabanus um 15 Brüder an, erhielt sie auch, und setzte Lindbertum (andre schreiben Linbertum und Quilbertum) einen ehrenwürdigen Grafen, aus einer berühmten schwäbischen Familie, zum Abt. Diese nun bezogen miteinander im Jahr 838 das Kloster und wurden von Erlafrid mit großer Höflichkeit aufgenommen. Im dem Monat September eben selbigen Jahres weihte der obgemeldete Erzbischof das Kloster ein, zu Ehren des H. Petrus und des H. Aurelius, in Gegenwart vieler Fürsten, Bischöfe und Aebten, auch selbst Rabanus des Abten von Fulda. Sobald man mit der Einweihung fertig war, wurden die Reliquien des H. Aurelius aus der Kapelle des H. Nazarius mit großer Andacht von obgemeldeten Ebdlen und ehrwürdigen Personen abgeholt, und in dem hohen Altar verwahrt. Dar-

nach empfing Lindbert, der erste Abt, auf Begehren des Grafen Erlafrids und der Mönche, den Abtsstab von dem Erzbischof in aller Gegenwart. Der Graf Erlafrid übergab das Kloster dem Allmächtigen Gott und den obgenannten zwei Heiligen, mit allen Weibern, Waldungen, Weiden, Brunnengquellen, Aedern und Einkünften in der umliegenden Gegend und noch vielen andern Sachen mehr. Es sind aber folgende Orte benannt: Stammheim, Dedensprunt, Gilstein, Meuchingen, Muechlingen, Töffingen, Lühelhardt, Altburg, Luhenhardt, Ebersbühl, Kallenbach, Kugelbach (nach andern Kobelbach), Nagolhardt, Ottenbrunn, Hugelstetten, Gumbrecht-Weiler, Altdüren, alle herumliegenden Waldungen von dem Fluß Teinach an bis auf den untern Fluß Reichenbach. Diese Stiftung hat obenbemeldeter Ddegarius im Namen des Papstes Gregorius, des IV., und Kaiser Ludwigs mit einem Vann, daß es beständig dabei verbleiben sollte, bestätigt. Er setzte auch zum Dvolaten (Schutzherrn) dieses Klosters den Grafen Erlafrid selbst, aber mit der Bedingung, daß sein Sohn kein Recht haben sollte, ihm in solchem Amt nachzufolgen, wenn er nicht von dem Abte und den Mönchen aus freiem Willen dazu erwählt würde werden. Es erlangte auch Erlafrid noch in diesem Jahr die Bestätigung solcher Stiftung von dem Kaiser zu Speier.

† Obgemeldeter Aurelius war in Armenien von vornehmen und christlichen Eltern gezeugt, und in dem Christentum und Studien von Jugend auf wohl unterrichtet, so daß er auch in der Stadt Aedicia Bischof geworden, und solches Amt mit großer Treue und Ruhm verwaltet hat. Verschied in Mailand dem H. Ambrosius unter den Händen den 25. Mai 383. Er wurde in der Kirche zu Mailand in einem besonderen Grab, neben dem H. Dionysius begraben, alwo er auch bei 437 Jahren geblieben, bis ihn Nottingus, wie oben gemeldet, dem Erzbischof abgebetet und hinweggenommen hat. † Erlafrid, der Stifter dieses Klosters des H. Aurelius, so aus einem Grafen ein Mönch geworden, starb in dem Jahre 850. den 29. Januar.

Den 23. Dezember 1566 wurde sein Grabmal in das heutige größere Kloster gebracht, und hinter dem hohen Altar aufgerichtet.

Drittes Buch.

Aus dem 11. Kapitel:

Adelhard, Mönch zu Hirchau.

† Im Jahr 924. starb zu Hirchau ein Mönch von 76. Jahren, Namens Adelhard, welcher 23. Jahr blind gewesen, und das Gesicht von großen Hauptschmerzen verlohren hatte, hingegen aber, sobald er blind geworden, des Kopfwehes entlediget wurde. So war er auch von dem an völlig gesund, und widmete sich völlig dem Dienst Gottes, verkündigte andern viele zu läufige Dinge, welche richtig eingetroffen haben, als 3. Ez. drey Jahr vorher den Tag und die Stunde seines Todes, die Zerstörung dieses Klosters, welche doch erst 80. Jahr darnach geschehen, so deutlich, als ob er sie mit Augen angesehen hätte. (Tritenheim.) Woraus zu sehen, daß er einen Prophetischen Geist gehabt, welchen die Griechen dioratikon nennen.

Dietmar, Abbt eben daselbst.

† Im Jahr 925. wurde einer, Namens Dietmar, ein gebürtner Schwab, zum VI. Abbtin zu Hirchau, in dem 35ten Jahr seines Alters gewählt, und verwallete solches Amt in die 27. Jahre. Er war vorher ein Mönch zu St. Gallen von sehr geringen Eltern, Arnold und Hedwig; nachdem er aber der Unterweihung Hartmonds, eines sehr gelehrten Lehrmeisters derer Mönche zu St. Gallen genossen, selbst herrliche Gaben hatte, that er es in kurzer Zeit an Gelehrsamkeit allen seines gleichen vor. Als Abbt aber drang er über die Massen auf ein nüchternes und mäßiges Leben, in Essen und Trinken, und brachte die in selbigem Kloster fast gänzlich verfallene Zucht und Ordnung wieder zimmlich in Schwang.

(Fortsetzung folgt.)

Calw.
**Verlosung von Schulverschreibungen
der Stadtgemeinde Calw.**

Bei der heute urkundlich vorgenommenen Verlosung der auf 1. Oktober 1921 heimzuführenden städtischen Schulverschreibungen sind folgende Nummern gezogen worden: Buchstabe A zu 1000 Mk. Nr. 15, 16, 19, 20, 41, 42, 50. Buchstabe B zu 500 Mk. Nr. 10, 42, 78, 87, 108, 110, 112, 114, 116, 119, 137, 138, 148, 168, 176, 196, 199.

Diese Schulverschreibungen werden vom 1. Oktober 1921 ab bei der Stadtpflege Calw eingelöst mit Verzinsung bis zum Tag der Erhebung längstens aber bis zum 31. Dezember 1921.

Die Stadtkasse ist zu freihändigem Rückkauf weiterer Stücke zum Tageskurs jederzeit bereit.

Den 16. August 1921.

Stadtpflege: Fren.

Kunstoffärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Lederstr. 91

Fahrnis-Versteigerung.

Am Samstag, den 20. August, verkaufe ich im Auftrag in der Stuttgarterstraße 423, bei Fr. Elise Strutt, nachmittags 1 1/2 Uhr, gegen Barzahlung:

- 1 poliertes Zimmerbüfett, 1 runden Auszugstisch, 2 Klavier- und andere Stühle, Tische, Spiegel und Bilder, Küchengeräth in Glas, Porzellan und Email, 1 Standuhr (Antikum), etwas Leinwand, 1 Badestuhl, 2 Zuber, sowie Sonstiges.

haber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Jedes Quantum
Haber
kauft

Güterförderer Bauer.

Wegen Wegzugs verkaufe ich am Sonntag, 21. Aug. ds. Js., nachmittags 2 Uhr im Kloster Reuthin in Wildberg meinen

Bienen-Stand

samt Beuten und 10 Bienen.

Letztere sind vollkommen gesund, von einem Sachverständigen aus Hohenheim festgestellt.

Jollbetr.-Sekr. Bregler, Wildberg.

Gebr. Blau, nicht über M. 4500.— einschl. Steuer zu kauf. gesucht. Angeb. in Preis unt. C D 165 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Tafelklavier zu kaufen gesucht. Angebote n. Preis unt. C D 165 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

2 Divan
sowie ein älteres



Sofa verkauft

S. Sauter, Lopeziergäßch. Biergasse.

Einige 1jähr.
Hühner

und Rhodeländer zu verkaufen

Obere Marktstraße 27.

6 Gänse
v. verkauft

Dejterlin, Hirsau.

Die ersten
**Neuheiten der
Herbstmode**

in:

Blusen-, Kostüm- und Kleider-Stoffen sind eingetroffen.

ERNST SCHALL.

Verloren

ging auf dem Wege von Stammheim bis Bahnhof Calw eine

goldene Damenuhr mit gold. Armband.

Bitte dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Markenreies
Weizenmehl
empfiehlt
Dito Jung.

Ostelsheim.

Ein zum erstenmal 14 Wochen trächtiges, weißes



Mutter-Schwein verkauft

Friedrich Nagel.

Die Aussagen, die ich gegen

Ehr. Mühle ausgesprochen habe, nehme ich als unwahr zurück.

Mina Walther, Liebenzell.

Wir suchen

für zahlreiche Kaufleute verlässliche Häuser jeder Art und erbitten Angebote von Selbstgeigentümern. Grundstücks-Offerten-Verlag Frankfurt a. M. Schillerhof.

Suche

zu baldigem Eintritt einen jüngeren zuverlässigen

Fahrknecht

Brauerei Hiler.

Prima
Hoher Ferkel

die besten zur Schnellmast offerierte fröhd.

ca. 8-10 Wochen alte à 190-230 Mk., ca. 10-12 Wochen alte à 230-260 Mk., ca. 12-14 Wochen alte à 260-320 Mk., mit Garantie für leb. Ankauf, Nachz.

Ein Versuch führt zu regelmäßigen Nachbestellungen.

S. Mohr jr., Tierhandlung, Alm a. D. Fernsprecher 180.

8 Wochen alte
Hasen

verkauft

Fischer, Hirsau.

Der rechte Weg im Haushalt

große Ersparnisse zu erzielen, ist die Verwendung statt der teuren Butter der unübertroffenen und allgemein beliebten Van den Bergh's Spezial-Margarine

Bitello

Stets frisch zu haben in den Lebensmittelgeschäften und den Läden des Konsumvereins.

Oeffentlicher Dank.

Herr Dr. Schmid, Badearzt in Liebenzell

Sie haben mir durch Ihre tofsichere Diagnose das Leben prolongiert dafür herzlichsten Dank.

Direktor Gust. Adolph Pollack
Cöln am Rhein

Fahrpläne für den Bezirk Calw erhältlich das Stück zu 50 Pf. in der Geschäftsst. ds. Blattes.

Industrieanlage, gleich ob Sägewerk, Mühle, Fabrik, Gashof, Wasserkraft oder sonst. Gebäulichkeiten zu kaufen gesucht.

Offerten mit genauer Beschreibung der Sache an die Geschäftsstelle unter G. H. 184 erbet. Strenge Discretion zugesichert.

Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Wohn-Haus

mit Baumgarten

und jeilher betr. Sägerei, auch geeignet für Wagner, Schuhmacher oder Schneider, da keine am Plage

sofort zu verkaufen. Auch können Felder mit erworben werden. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tausende verwenden
Ruf's

Spezialitäten zur Herstellung eines guten Getränkes Ruf's Heidelbeeren mit Zutat

zu 50 Liter M. 21.50
" 100 " " 42.50
" 150 " " 63.75
Mit Süßstoff kosten die 100 Liter M. 6.— mehr.

Ruf's Kirschkornsaft mit Heidelbeer-Zusatz und Süßstoff
Flaschen à 100 Ltr. M. 43.—
" 50 " " 23.—

Ruf's Kirschkornsaft ohne Süßstoff
Flaschen à 100 Ltr. M. 40.—
" 50 " " 20.—

Ruf's Kirschkornsaft mit Zutat
Pakete zu 100 Ltr. M. 42.50
" 50 " " 21.50

Mit Süßstoff kosten diese Pakete M. 6.— mehr.

Niederlage:
Friedr. Lamparter, Calw

Säcke

für Getreide und Mehl empfiehlt
Dito Jung.

Stellung-Gesuch.

Für einen 15jähr. kräftigen Jungen suche ich in ein ordentliches Haus, eventuell auch bei einem Bauern,

Beschäftigung.

Näheres bei
Gottlieb Laich, Simmshausen.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine (spez. Krampf u. Kollau), z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte

Hirsch-Universal-Komposition.

Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Irrig ist die Ansicht

Anpreisungen in der Tageszeitung verteuern die betreffenden Waren, das Gegenteil ist der Fall. Alle die Artikel, für welche Reklame gemacht wird, finden einen sehr raschen Absatz und können infolgedessen auch billig abgegeben werden.

Alfred Pfeiffer, Calw
Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

Portland-Zement
Leonberger Baugips
Schwarzalk

Frisch eingetroffen
Wasserstein-Garnituren
aus Zement und Terrazzo
Steinzeugröhren
Zementröhren

Schwemmsteine Gr. 10, 12, 25, 12, 14, 25, 14, 16, 25
Mauersteine
Kaminsteine
Salzziegel